

**DAS
FREIE
FORUM**

**S 205 66F
ISSN 1432-0223**

INFORMATIONSDIENST

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 2

64. Jahrgang

April/Mai/Juni 2024

*Einladung zu unserem
GfP-Jahres-Kongreß 2024
30. August – 1. September 2024
Das rechte Weltbild
Freiheit – Identität – Selbstbehauptung*

Liebe Mitglieder und Freunde!

Das Jahr 2024 sollte nach der schwierigen Zeit der repressiven staatlichen Corona-Maßnahmen eigentlich von Normalität geprägt sein. Doch weit gefehlt! Die Folgen der illegalen Masseneinwanderung zeigen sich seit Monaten in besonders dramatischer Weise in Form gewaltsamer Übergriffe auf Einheimische durch Migranten. Doch das Volk läßt sich nicht mehr alles gefallen, wie die Wahlergebnisse der letzten Wochen zeigen. Das Altparteienkartell fürchtet die große Abrechnung bei den drei mitteldeutschen Landtagswahlen! Kommen der Ruf nach Freiheit und die Wende wieder – wie schon 1989 – aus dem Osten? Und womit identifizieren sich die Bundesdeutschen? Sind es patriotische Symbole wie die Deutschlandfahne oder die Nationalhymne oder vielleicht die bunte Truppe der BRD-Fußballmannschaft, der Tausende bei der EM in Deutschland zujubelten? Und wofür steht das staatliche Gebilde, dessen Bürger zwischen Rhein und Oder wieder einmal kriegstüchtig gemacht werden sollen? Vertritt die Ampel-Politik in Berlin nationale Interessen oder schwimmt sie nur im Fahrwasser von EU und NATO mit, die mit ihrer Kriegsrhetorik womöglich einen Konflikt mit Rußland heraufbeschwören? All diese Themenkomplexe werden auf der kommenden GfP-Tagung behandelt werden.

Zu diesem Generalthema sprechen bei der GfP-Tagung im Herzen Deutschlands der Rechtsanwalt **Klaus Kunze**, die Publizisten Generalmajor a.D. **Gerd Schultze-Rhonhof** und **Karl Richter** sowie der Historiker und Buchautor **Dr. Mario Kandil**. Außerdem referieren der Politiker **Udo Voigt** sowie der langjährige GfP-Vorsitzende **Dr. Gert Sudholt**.

Den Huttenpreis erhält der Publizist Generalmajor a.D. Dr. Bernd Schwipper.

Ich freue mich auf Ihren zahlreichen Besuch und bin
mit besten Grüßen

Dr. Martin Pfeiffer, GfP-Vorsitzender

**Einladung zur Mitgliederversammlung
am Freitag, dem 30. August 2024, um 20.00 Uhr**

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Gedenken der verstorbenen Mitglieder
3. Jahresbericht des Vorsitzenden
4. Jahresbericht des Schatzmeisters
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Aussprache zu Top 3-5
7. Wahl eines Versammlungsleiters
8. Entlastung des Vorstands
9. Wahl des 1. Vorsitzenden
10. Wahl des weiteren Vorstands
11. Wahl der Kassenprüfer
12. Anhänge
13. Verschiedenes

Etwaige Anträge zur Jahreshauptversammlung sind
bis zum 20. August 2024 zu richten an:

**GfP-Sekretariat Margret Nickel
Klosterhof 4
37999 Wesertal-Lippoldsberg**

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Martin Pfeiffer
Vorsitzender

**Der Vorstand bittet um rege Teilnahme und baldige Anmeldung aus den
Reihen der GfP-Mitglieder und -Freunde.**

Die Wahl zum »EU-Parlament« 2024 – Ein Hochamt der Demokratie?

Natürlich nicht. Vielleicht kann man dieses Ereignis als Hochamt der Demagogie werten. Schließlich gibt es kein europäisches Volk, das hier repräsentiert würde. Auch sind die Stimmen der wahlberechtigten Europäer unterschiedlich gewichtet, damit auch den kleinen Mitgliedern, wie Malta, schöne Plätze im EU-Parlament geschaffen werden. Ein Abgeordneter von Malta brauchte 2009 nur 76.000 Wähler, während ein deutscher Abgeordneter 826.000 Stimmen brauchte. Das bedeutet also ein Bruch des Gleichheitsprinzips bei der Stimmengewichtung. Das EU-Parlament ist nur eine parlamentsähnliche Einrichtung, die kein souveränes Vorschlagsrecht für Gesetze und den Haushalt hat und keine einzelnen Kommissare der EU bestimmt. Auch die Präsidentschaft der EU wird in irgendwelchen Hinterzimmern der transatlantischen Machtzentralen beschlossen. Das EU-Parlament kann die Vorauswahl von Kommissaren und den EU-Präsidenten nur im Block akzeptieren oder ablehnen. Kennzeichnender Fall ist die EU-Präsidentschaft Ursula von der Leyens, deren Nominierung außerhalb selbst jeglicher pseudodemokratischer Spielregeln geschah. Es sind zwischen den Einrichtungen der EU und den Völkern auch so viele politische Strukturen eingebaut, daß man fast von »Hermetisierung« sprechen kann. Die wesentlichen Strukturen sind die Europäische Kommission, der Europäische Ministerrat, der Europäische Rat, der Europäische Gerichtshof, die EU-Administration mit insgesamt 60.000 Mitarbeitern, die 25.000 Lobbyisten.

Der wahlbereite und von demokratischem Willen beseelte Bürger kann nur dafür sorgen, daß ein paar Leute die Bühne des EU-Parlaments für kritische Reden benutzen können. Leider hört dort aber meistens keiner zu. Natürlich kann man als Wähler »Wohltaten« verbreiten. Der deutsche AfD-Wähler konnte den Maximilian Kraus mit seinen 8 Kindern von 3 Frauen für fünf Jahre ein schönes Auskommen sichern. Schließlich liegt das Gehalt eines EU-Parlamentariers derzeit bei 10.377 Euro brutto (8084 netto). Die Pauschalvergütung für Büro usw. beträgt 4950 Euro. Dazu kommen 350 Euro Tagegeld pro Aufenthalt im EU-Parlament. Der antideutsche deutsche Wähler könnte das Angebot der halbtoten Linken nutzen, um der Kapitänin Carola Rakete das schöne Einkommen einer EU-Parlamentarierin zu verschaffen, um sie entweder für ihre Schlepperarbeit zu belohnen oder vom weiteren Hereinschleppen von Asylanten abzuhalten. Man könnte auch Martin Sonnenborn, den ehemaligen Chefredakteur des Satiremagazins *Titanic* wählen, um einen scharfzüngigen Satiriker und Zyniker im EU-Parlament Sitz und freche Stimme zu verschaffen. Kurz, man konnte sich einen Spaß machen.

Leider ist dieses EU-Parlament bitterer Ernst, denn es ist das wesentliche Feigenblatt einer transatlantischen Verwaltungsdiktatur, die sich jeden Tag mehr intensiviert. Dieser Gedanke ist nicht von mir. Der ist alt. Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin, schrieb am 23. August 1915 im *Sozial-Demokrat* die prophetischen Sätze: »Die Vereinigten Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Bedingungen entweder reaktionär oder unmöglich.« Ein Bonmot lautet auch: »Wann erkennt man,

daß ein Politiker lügt? Wenn er den Mund aufmacht.« Bei zwei Aussagen von Jean-Claude Juncker liegen historische Wahrheiten vor, und die haben es in sich. Er formulierte im Jahre 1999: »Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.« 2011 formulierte er ehrlich. »Wenn es ernst wird, muß man lügen.«

Die Europäische Union ist von ihrem geschriebenen Selbstverständnis her kein Bundesstaat, sondern ein loser Staatenverbund. Eigentlich ist die EU ein Westeuropa der Vaterländer, dem Wollen der Westeuropäer gemäß. Gegenwärtig gilt die Forderung nach einem Europa der Vaterländer jedoch als rechtsextrem. Man ist unter den EU-Funktionären und den Systemplappermäulern auch in Deutschland schon weiter. Voßkuhle kritisierte am 29. Juni 2021, daß die EU-Kommission auf kaltem Wege in Westeuropa den Bundesstaat einführen will, was den europäischen Verträgen widerspreche. Die EU sei nur ein loser Staatenverbund. Da hatte er aber in ein Wespennest gegriffen! Die politische Klasse in Deutschland will die EU als Superstaat und diffamiert jeden, der das kritisiert. Die EU ist seit ihrer Gründung dabei, die »Vereinigten Staaten von Europa« Schritt für Schritt anzustreben. Die beiden Aussagen Jean-Claude Junckers gelten.

Schritt für Schritt maßt sich die EU-Administration an, die »Vereinigten Staaten von Europa« zu schaffen, alle souveränen europäischen Nationalstaaten zu entmachten und ihnen die Souveränität zu nehmen. Letztlich sollen auch die Nationalstaaten verschwinden zugunsten einer Struktur von Euroregionen. Die sollen auch über die bisherigen Grenzen der Nationalstaaten reichen. Deshalb ist das gegenwärtige Deutschland glühend dabei, die deutsche Bevölkerung durch Menschen aus aller Welt zu ergänzen. Die Wahl des Begriffes »Bürgergeld« für die Alimentierung der Fremden ist so eine Teilperfidie. Entweder will man zynisch den deutschen Bürgern mitteilen, daß es ihr Geld ist, das sie an die Fremden großzügig verteilen. Oder man suggeriert den Fremden, daß sie mit dem Bürgergeld gleich Bürger des Landes geworden sind, das sie zur Niederlassung gewählt haben oder über das Umsiedlungsprogramm der UNO zugewiesen bekommen haben.

In Deutschland ist bei allen Grundfragen der alte Riß entlang der Zonengrenze wieder sichtbar. In Westdeutschland geht die Umerziehung seit Ende der 40er Jahre, im Osten begann die Gehirnwäsche erst seit Mitte der 90er Jahre. Aber auch dort bröckelt der kritische patriotische Geist, weil das alte Denken in Klassenkampfkategorien noch nicht wieder wach ist und das Wissen um die Geschichte erodiert. Werden die Regierungen ob ihrer national destruktiven Maßnahmen kritisiert, reden sie sich frech und dumm heraus, daß sie nichts machen könnten, weil es die EU so beschlossen habe. Schritt für Schritt geben sie ohne Volksbefragung staatliche Souveränität in die EU-Zentrale nach Brüssel ab. Die EU erweist sich zunehmend als Verwaltungsdiktatur des transatlantischen Großkapitals.

Und wer ist dieses transatlantische Großkapital? Es sind die großen angelsächsischen Geldverwalter, die in den USA und im Vereinigten Königreich sitzen. Diese

Die EU ist zur Friedenspolitik unfähig. Hier: von der Leyen mit Joseph Borrell, dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik.



sind auch die politischen Signalgeber der Politik der USA und dessen gernegroßen Brüdern Großbritannien. Je mehr die EU zu

einem Pendant der USA auf europäischem Boden ausgebaut wird, desto mehr macht die EU-Kommission auch US-amerikanische Politik. Deutschland ist seit Jahrzehnten in einem Prozeß der nationalen Selbstaufgabe und der Durchamerikanisierung nach US-Vorbild. Der Vertrag von Lissabon war ein gewaltiger Schub der US-Amerikanisierung, und auch von unten bemühen sich die Deutschen immer mehr um eine Selbstamerikanisierung. Schon 1995 veröffentlichte Rolf Winter ein Buch mit dem bezeichnenden Titel *Little Amerika. Die Amerikanisierung der deutschen Republik*. Lawinenartig wächst die Zahl der Wörter in Englisch oder Pseudoenglisch, die das Leben in Deutschland prägen. Doch am schlimmsten ist die Russophobie, die auch die Deutschen kriegsbereit für die USA und gegen Russland, aber auch gegen China machen soll. Als ich kürzlich mit zwei 80jährigen aus Mitteldeutschland am Tisch saß und die Rede auf den Ukrainekrieg kam, platze es aus ihnen heraus: »Putin ist ein größerer Weltverbrecher als Hitler, und man sollte den Kreml dem Erdboden gleich machen!« Immer mehr scheint der Kriegswille von Deutschen gegen Russland zu wachsen. Die USA sind aber ganz gerissen. Die einzelnen europäischen NATO-Staaten sollen bilaterale Verträge mit der ukrainischen Führung schließen und in den Krieg eintreten. Die USA liefern das Kriegsmaterial gegen Bezahlung. Die NATO insgesamt bleibt nicht beteiligt. Die Toten liefern Europa. So können die USA zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Die EU-Staaten verzehren sich im Krieg; der NATO-Bündnisfall tritt nicht ein, und Russland soll sich in einem dauerhaften Krieg mit Europa verzehren. Die EU ist verbal kriegsbereit, und solche Politiker der Bundesregierung wie Baerbock oder Habeck schüren das Feuer des Krieges nicht nur durch ihren Haß auf Russland, sondern auch durch dümmlichste Forderungen gegen China. Die EU ist zur Friedenspolitik unfähig.

Eine EU-Administration, die US-amerikanische Interessen gegen die Europäer durchsetzt, den Krieg gegen Russland schürt und die Beziehungen zu China zu zerstören versucht, brauchen die Europäer nicht. Durch die Wahl zum EU-Parlament hat die EU-Administration eine scheinbare Legitimation auch für den Krieg gegen Russland erhalten. Wir können nur hoffen, daß eine Analyse des Kräfteverhältnisses zwischen der EU und dem Block Russland-China-Iran-Nordkorea als Abkühlung der US-Kriegsgedanken im europäischen Raum führt. Letztlich steht auch die Existenz der EU auf dem Spiel. Vielleicht haben wir 2024 die letzte Wahl zum EU-Parlament erlebt. So oder so.

■ Siegfried Ernst (Brüssel)

»Wir wollen langfristig der relevanteste TV-Sender im deutschen Sprachraum werden!«

Interview mit dem Chefredakteur des Linzer Fernsehsenders AUF1, Stefan Magnet

Herr Magnet, Sie sind Chefredakteur des seit 2021 bestehenden Fernsehsenders AUF1 in Linz. Wie würden Sie Ausrichtung und Selbstverständnis von AUF1 definieren?

AUF1 ist – wie der Name schon sagt – ein alternativer und unabhängiger Fernsehsender. Das heißt, wir sind der Kontrapunkt zu den Mainstream-Medien,



die mit ihren Narrativen zu Corona, Klimawandel, Genderwahnsinn, Ukraine- und Gaza-Krieg sowie Einwanderung und Multikulti eine politisch korrekte und uniforme Berichterstattung schaffen. AUF1, das 2021 inmitten der Corona-Krise als laute Stimme gegen Bürgerbevormundung und Grundrechtseinschränkungen gegründet wurde, ist unbeeinflusst von finanzstarken Lobbyisten, die bestimmte Meinungen vorgeben, und als unangepaßtes und rein spendenfinanziertes Medium nur seinen Zuschauern verpflichtet. Unsere Formate sind vielfältig.

Wir trennen strikt Nachrichten, Meinung und Reportagen. Wir senden, soweit die deutsche Zunge klingt. Unser Sendegebiet erstreckt sich somit auf die Mitte Europas mit seinem deutschen Siedlungsgebiet, also vornehmlich die Staaten Deutschland, Österreich und die Schweiz sowie die angrenzenden Gebiete deutscher Zunge.

AUF1 war ja sogar eine Zeitlang im Fernsehen über den Satellit Astra zu empfangen. Warum wurde dies beendet?

In der Tat. Mein Ziel war es von Anfang an, nicht nur via Internet erreichbar zu sein, sondern auch über die Flimmerkiste, deren Reichweite – nicht zuletzt beim älteren Publikum – nicht zu unterschätzen ist. Zusammen mit einem finanzkräftigen Partner, genauer gesagt einem Arzt aus Baden-Württemberg, der es geschafft hatte, sich einen Sendeplatz auf dem Satelliten Astra für teures Geld zu ergattern, gelang es uns im Spätsommer 2023, täglich einige Stunden Sendezeit zu bekommen. Dafür zahlten wir auch eine beachtliche Summe. Damit waren wir der erste alternative Sender, der im deutschsprachigen Raum übers Fernsehen erreichbar war! Und das paßte dem System – genauer gesagt der Landesmedienanstalt Baden-Württemberg – natürlich nicht. Ausgerechnet der »Medienstaatsvertrag« wurde mißbraucht, um uns eine irre Geldstrafe in der Höhe von 195.000 Euro aufzuzwingen. Eine weitere, noch höhere Strafe wurde in Aussicht gestellt, weshalb auch die Rechtskämpfe in dieser Angelegenheit aus finanzieller Sicht unleistbar wurden. So wurden wir aus dem traditionellen Fernsehen verbannt. Die Lizenz-Medien bleiben nun weiter unter sich, wie das

ja auch von den Errichtern der Lizenz-Medien stets geplant war. Doch das Internet bleibt frei.

Seit Jahren schon verlieren die Staatssender – allen voran ARD und ZDF – an Zustimmung im Volk, während unabhängige Nachrichtenportale im Internet als Alternative immer attraktiver werden. Worauf führen Sie das zurück und wo sehen Sie da Ihre Chance?

Also immer mehr Menschen erkennen in den vom Steuerzahler zwangsfinanzierten Systemmedien den verlängerten Arm der herrschenden Kaste mit ihrer politisch korrekten und globalistischen Agenda. Fast schon ähnlich dem Staatsfunk in der früheren DDR wird eine Wirklichkeit suggeriert, die nur in den Köpfen der Systempolitiker existiert. Die Regierungspolitiker sind in den Nachrichten und Talkshows überproportional vertreten und werden hofiert, während echte Oppositionspolitiker das Nachsehen haben und als vermeintliche Extremisten und Staatsfeinde vielfach niedergemacht werden. Doch die Leute haben es satt, durch den steuergeldfinanzierten Staatsfunk bevormundet zu werden und nur eine Meinung vorgesetzt zu bekommen. Daher weichen immer mehr ins Internet aus und suchen nach Alternativen bei der Berichterstattung. Das nennt man Pluralismus. Doch diese unliebsame Konkurrenz bekämpft das System mit fragwürdigen Gesetzen und perfiden Unterstellungen mit dem Schlagwort Haßbrede. George Orwell läßt grüßen!

Wenn Sie nach drei Jahren ein Resümee Ihrer Arbeit ziehen, wo würden Sie die Höhepunkte des Erreichten sehen und welches Endziel schwebt Ihnen vor?

Also wir von AUF1 haben nach gut drei Jahren unseres Bestehens sehr viel erreicht, nämlich ein Millionenpublikum via Internet (www.auf1.tv) sowie Telegram und TikTok. Wir sind zum reichweitenstärksten alternativen Sender im deutschsprachigen Raum aufgestiegen. Die Parteichefs von AfD und FPÖ, Weidel und Chrupalla sowie Kickl, geben uns regelmäßig Interviews, aber auch renommierte Wissenschaftler und Politiker anderer Parteien. Bei den WEF- und WHO-Tagungen in Davos und Genf waren wir vor Ort und interviewten prominente Kritiker der Globalisten. Und zur Fußball-EM-Berichterstattung hatten wir mit dem Weltmeister von 1990, Thomas Berthold, einen genauso prominenten wie unangepaßten Kommentator, der sich wohltuend vom politisch-korrekten Einheitssprech der Moderatoren der Systemmedien abhob!

Mein ambitioniertes Ziel ist es, daß AUF1 mittelfristig auf Augenhöhe den Systemsendern begegnet und die etablierte Berichterstattung nicht an uns vorbeigehen kann. Langfristig werden wir nicht ruhen, ehe wir nicht der relevanteste TV-Sender im deutschen Sprachraum sein werden. Ja, wir wollen selbst Themen vorgeben, die ARD, ZDF und ORF aufgreifen und diskutieren müssen. Ich glaube, die Zeit ist bald reif für eine Revolution im Medienbereich. Zusammen mit unseren Zuschauern und Spendern können wir das verwirklichen. Politisch scheint sich ja schon ein Wechsel langsam anzubahnen. Unser Motto lautet: Freie Medien erschaffen eine freie Welt! ■

Staatsmedien besprechen sich mit Verfassungsschutz

Der Skandal über eine Zusammenarbeit von ARD-Sendern mit dem Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz (VS) weitet sich aus. Nun wurde bekannt, daß sich auch Redakteure des *Hessischen Rundfunks (HR)* mit VS-Agenten trafen. Die Gespräche fanden vertraulich statt. Das Innenministerium in Wiesbaden verlautbarte nur, in welchen Zeiträumen es keine Hintergrundgespräche zwischen dem zwangsgebührenfinanzierten Sender und dem Nachrichtendienst gab: Das war 2023 bis zur Landtagswahl Anfang Oktober letzten Jahres. Damit existierten in den übrigen Zeiten offenbar derartige Zusammenkünfte. Die Öffentlichkeit wurde und wird darüber nicht informiert, denn die Treffen werden nicht protokolliert.

Ähnlich zurückhaltend in dieser Causa gab sich die rot-schwarz-grüne Landesregierung Brandenburgs, wenn es um Kontakte des *Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB)* zum VS geht. So liest sich jedenfalls ihre Antwort auf eine Anfrage des AfD-Landtagsabgeordneten Dennis Hohloch. Dieser wollte von der Regierungskoalition wissen, ob sich der zwangsfinanzierte *RBB* zu Gesprächen mit dem VS getroffen hatte – und falls ja, welche Themen man dabei besprach. Doch selbst die Frage nach dem »ob« solcher Gespräche war den Landesherren offenbar zu heikel. Deren Beantwortung gefährde die Pressefreiheit der *RBB*-Journalisten, heißt es in der Antwort: »Aufgrund der Konkretheit der Fragestellung besteht die Gefahr, daß Dritte Rückschlüsse auf die Recherchetätigkeit des einzelnen betroffenen Medienvertreters und die Redaktionsarbeit des vertretenen Mediums ziehen«, so das Ministerium. Da ist wohl die Zusammenarbeit zwischen *RBB* und VS enger als bekannt.

Daß der *Norddeutsche Rundfunk (NDR)* beim Verfassungsschutz anfragt, bevor er einen Bericht bringt, gehört offenbar zum Alltag. Das mußte jetzt die rot-rote Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern einräumen. Und daher ist bekannt: Mehr als 50mal erkundigte sich der öffentlich-rechtliche Sender seit 2021 beim Inlandsgeheimdienst. Das bedeutet: Im Durchschnitt etwa zehnmal pro Jahr lieferten die Agenten Material für Berichte, die dann möglicherweise als journalistische Recherchen ausgegeben wurden. Gefragt wurde der Geheimdienst unter anderem auch nach den »Bürgermeisterwahlen in Demmin«, »Demos gegen Energiepolitik« oder dem oppositionellen »Unternehmeraufstand MV«.

Auch für die Berichterstattung über die Bauernproteste wollte der *NDR* offenbar VS-Erkenntnisse in seinen Berichten transportieren. In diesem Fall ging es um, so wörtlich, »extremistische Einflußversuche«. Und möglicherweise war die Zusammenarbeit zwischen *NDR* und Agenten noch deutlich intensiver: »Es ist nicht auszuschließen, daß gegebenenfalls etwa am Rande von Veranstaltungen Kontakte oder Gespräche stattgefunden haben, die nicht in den Kalendern erfaßt sind oder zu denen keine konkrete Erinnerung der Beteiligten vorliegt«, erklärte die Landesregierung. Auffallend ist, daß nun ganz plötzlich keine weiteren Treffen geplant sind, jedenfalls nach Darstellung der Landesregierung in Schwerin. ■

Wilde Polizeieinsätze wegen eines harmlosen Liedes

Im Deutschland einer Innenministerin Nancy Faeser gilt das Hauptaugenmerk der Polizei nicht etwa der Gewaltkriminalität, sondern Meinungsdelikten. So kann dem Bürger schon das Singen eines Parteiliedes zum Verhängnis werden. Man denke nur an den Sylter Ohrwurm »L'amour toujours« von Gigi 'd Agostino. Denn dieser hat sich zur heimlichen Fan-Hymne der Fußball-EM entwickelt. In Stadien und bei feiernden Fangruppen wurde die eingängige Melodie immer wieder gespielt. Sogar italienische Fans sangen das Lied beim Spanienspiel, ungarische Fans marschierten dazu durch Stuttgart.

Während die deutschen Behörden den ausländischen Fans diesen Tabubruch durchgehen ließen, griffen sie mit geradezu polizeistaatlichen Methoden gegen Deutsche durch, die nur die Melodie piffen oder den Text durch die Platzhaltersilben »döp-dö-döp« ersetzen. Im Internet ging ein verstörendes Video aus Berlin viral, wo Polizisten deshalb den Corona-Maßnahmenkritiker »Captain Future« – in Schwarz-Rot-Gold gehüllt – von der Fanmeile abführten. Mit einer Schärfe, die man bei Messermigranten und Gruppenvergewaltigern vergebens sucht, machten Polizei und Staatsanwaltschaften Jagd auf jeden, der auch nur verdächtigt wurde, den Sylt-Song mitgesungen zu haben.

Wo immer seit Pfingsten auf zahllosen Discos, Dorffesten oder Umzügen »L'amour toujours« lief, entfaltete der BRD-Staat einen Strafverfolgungseifer, der dem der iranischen Religionspolizei kaum nachstand. So läuft in Wuppertal ein Strafverfahren gegen eine Gruppe Jugendlicher, die den Party Hit bei einem Gartenfest erklingen ließen. Strafanzeige hatten hier übrigens Blockwarte aus der Nachbarschaft erstattet. In Neubrandenburg wurden Ermittlungen gegen eine Gruppe eingeleitet, die das umgetextete Lied bereits im letzten Oktober gesungen hatte. Auch gegen zwei Personen, die den Party-Hit beim Solinger »Dürpelfest« kurz intonierten, trat der Staatsschutz wegen Volksverhetzung in Aktion.

In Hessen nahm das Landeskriminalamt in zwölf Fällen Nachforschungen wegen des Liedes auf. In Magdeburg verpiffen Zeugen zwei junge Männer bei der Polizei, die die »Sylt-Hymne« im eigenen Auto laufen ließen und mitgesungen haben sollen. Manchen reicht das Denunzieren dabei nicht aus: Da in einem Zug in Oberbayern mehrere Fahrgäste »L'amour toujours« sangen, zog ein linker Fahrgast gleich die Notbremse. 31 Polizisten rückten daraufhin an, um gegen 13 Verdächtige zu ermitteln und nachts am Bahnhof auszusetzen.

In Warnemünde waren gleich 17 Polizisten im Einsatz, weil eine 15-Jährige das Sylt-Lied gesungen hatte. Und im Moselort Kröv rasten Ende Mai gleich 70 Beamte mit mehreren Mannschaftswagen heran und lösten eine Gartenparty wegen besagten Liedes auf. Der Sylt-Song hat sich damit zum bislang eindrucksvollsten Beispiel für den sogenannten Streisand-Effekt entwickelt. Damit ist gemeint, daß ein Mißstand, der unterdrückt und verboten werden soll, gerade dadurch erst recht massenhafte Bekanntheit erlangt. Das sind Verhältnisse, die an das Ende der DDR erinnern. ■

Im Fangnetz der Gesinnungsjustiz

Die HNA (*Hessische/Niedersächsische Allgemeine*) berichtete am 3. Juni 2024, daß Pierre Krebs und Gudrun Schwarz in einer Berufungsverhandlung Ende Mai wegen »Volksverhetzung« verurteilt wurden. Frau Schwarz hat dem *Freien Forum* folgende Hintergrundinformationen zukommen lassen:

Es begann am 29. Juli 2016 mit der Indizierung des Taschenkalenders *Mars Ultor* 2016 durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien; die 16. Ausgabe mit dem Leitthema »Volksgemeinschaft« wurde vom Verfassungsschutz als inkrimierte Schrift an die BpJM übermittelt. Am 16. Mai 2017 wurde zeitgleich an vier verschiedenen Orten eine Hausdurchsuchung durchgeführt, bei der alle Arbeitsmittel (Computer, Drucker usw.) mitgenommen wurden. Die Anklage wegen Volksverhetzung wurde von der zuständigen Richterin beim Amtsgericht Fritzlar in einer 5-seitigen Stellungnahme jedoch abgewiesen. Die mutige Richterin wurde aber durch die Richterschaft in Kassel »eines Besseren belehrt« und praktisch gezwungen, das Verfahren zu eröffnen. Am 1. September 2022 wurden Pierre Krebs und Gudrun Schwarz von eben jener Richterin zu einer Strafe von je 120 Tagessätzen à 60 Euro verurteilt. Die Anklage in der Berufungsverhandlung am 22. Mai 2024 sei erneut eine bloße Litanei von abgedroschenen Phrasen seitens des Staatsanwalts gewesen. Die zunächst vom Staatsanwalt geforderte Strafe von je 7 Monaten Freiheitsstrafe plus 3000 Euro Bußgeld wurde leicht abgemildert mit 5 Monaten auf Bewährung plus 3000 Euro Bußgeld vom Richter mit einem Urteil bestätigt. Beide Anwälte haben Revision beantragt.

Eine weitere, 2017 erschienene Schrift von Dr. Pierre Krebs mit dem Titel *Was tun? Ein Vademecum der Reconquista* war ebenfalls vom Verfassungsschutz für strafwürdig befunden und von der BpJM indiziert worden (Liste B). Auch wegen dieser Schrift erfolgte am 2. November 2022 eine Hausdurchsuchung. Der Staatsanwalt hat in Abwesenheit die Wohnung von Gudrun Schwarz gründlichst durchstöbert und vier Umzugskartons mit beschlagnahmten Gegenständen abtransportiert. Er hatte auch keine Hemmungen, private Tagebücher und verschlossene Testamente zu öffnen! Das Gerichtserfahren wegen *Was tun?* endete vorläufig mit dem Urteil der Richterin beim Amtsgericht Kassel mit einer Bestätigung der Verjährung des Falles. Der Staatsanwalt, der offensichtlich immer mehr zum Inquisitor mutiert, hat daraufhin das Rechtsmittel der Revision gegen das Urteil der Richterin eingelegt.

Im Rahmen der Hausdurchsuchung am 2. November 2022 hat sich ein Vorfall ereignet, der mit einer gebrochenen Rippe von Pierre Krebs endete. Die Zeugin Gudrun Schwarz berichtet:

»Nach mehreren Provokationen seitens eines »Vollstreckers« eskalierte die Situation nach 6-stündiger Durchsuchung. Pierre Krebs, der beobachten wollte, was die Durchsucher in einer Ecke seiner Bibliothek sich zu schaffen machten, wurde von dem Provokateur zunächst verbal zurückgedrängt und schließlich zurückgestoßen, was einen Abwehrreflex auslöste, der aber ins Leere ging, weil Pierre Krebs augenblicklich von einem Polizeikollegen zu Boden gestürzt und in Handschellen

gelegt wurde. Empört über diese brutale Vorgehensweise der Vollstrecker hat er den Provokateur mit dem A-Wort beschimpft. Skurrilerweise ist Pierre Krebs wegen dieses Vorfalls als Angeklagter vor Gericht gelandet, weil die Polizistenclique ihn angezeigt und eine haarsträubende Darstellung des Vorgangs geliefert hat, die mit dem wahren Sachverhalt nichts zu tun hat. Ein Urteil steht noch aus.«

Unter <https://ahnenrad.org/category/verfolgung-durch-die-gesinnungsjustiz/> findet man detaillierte Informationen.

Lieblingslüge der Linken endgültig geplatzt

In Chemnitz soll es 2018 Hetzjagden auf Ausländer gegeben haben. Zur Erinnerung: Infolge einer Messerattacke durch einen Iraker und einen seither untergetauchten Komplizen kam ein 35-jähriger Deutscher, Daniel H., ums Leben; zwei weitere Deutsche wurden schwer verletzt. Im Zuge dessen kam es in Chemnitz tagelang zu Demonstrationen. Allen voran verbreiteten linksextreme Gruppen in sozialen Netzwerken die ›Nachricht‹, es habe eine »Jagd auf Migranten« gegeben (Bundeskanzlerin Merkel sprach damals selbst von »Hetzjagden auf Ausländer«). Obwohl es dafür keine Beweise gab, erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen neun Männer – und kassierte nun im Mai dieses Jahres eine peinliche Niederlage. Fast sechs Jahre nach den Ausschreitungen hat die 1. Strafkammer des Landgerichts Chemnitz die Eröffnung einer Hauptverhandlung gegen die angeklagten neun Männer abgelehnt. Die staatsanwaltlichen Vorwürfe konnte sie nämlich »bei vorläufiger Tatbewertung auf Grundlage des Ermittlungsergebnisses nicht feststellen«. Vielmehr »erschöpfe sich die Beteiligung der Angeschuldigten nach dem Ergebnis des vorbereitenden Verfahrens allenfalls in der bloßen Anwesenheit und dem Mitlaufen in einer Menschenmenge am Ort der Gewalttätigkeiten«. Demnach erkannte das Gericht zwar an, daß es zu teils gewaltsamen Ausschreitungen gekommen war, doch die konkreten Vorwürfe gegen die neun Männer können nicht bewiesen werden. »Am Ende bleibt ein von einem Ausländer ermordeter Deutscher«, faßt die *Junge Freiheit* (25.5.2024) zusammen.



Pikant am Rande: Der Chemnitzer Bürgermeister, eine Lokalzeitung und der damalige Bundesverfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen hatten bereits kurz nach der Tat darauf hingewiesen, daß es keine solche »Hetzjagden« gegeben habe. Bekanntlich wurde Maaßen daraufhin von seinem Posten abberufen und ins Innenministerium versetzt. ■

Ewiger Krieg für ewigen Frieden – Die Ukraine hat die Kriegsflagge von den USA bekommen

Anfang der 50er Jahre hat Charles Beard festgestellt, daß die USA seit 1945 »ewigen Krieg für ewigen Frieden führen«. Die USA sind nach 1945 der einzige westliche Staat mit »Weltmachtstatus« geblieben und sie sehen sich gezwungen, diesen Status mit Kriegen gegen jeden zu sichern, der sich ihrer Weltmacht nicht unterwirft. Das Deutsche Reich war als weltpolitischer Spieler 1945 untergegangen, und die zwei Folgestaaten agierten jeweils weltpolitisch als Appendix der sie beherrschenden wesentlichen Besatzungsmacht, die BRD als US-amerikanisch, die DDR als sowjetisch. Das Vereinigte Königreich war nach dem Zweiten Weltkrieg pleite und will auch bis jetzt seinen Verlust an weltpolitischem Einfluß nicht einsehen. Das »perfide Albion« bleibt weiter perfide, aber ohne Kraft. Gore Vidal hat mit den Worten Charles Beards seinen Essay nach dem 11.9.2001 versehen: »Ewiger Krieg für ewigen Frieden. Wie Amerika den Haß erntet, den es gesät hat.« Vidal warnte vor dem permanenten Krieg, den die USA erneut führen wollen. Der Angriff auf das Welthandelszentrum in New York durch in Deutschland lebende Saudische Staatsbürger gab den USA die propagandistische Grundlage für einen »Krieg gegen den Terror«, d.h. einen Krieg gegen alle Staaten, die sich den USA als widerständig präsentierten.

Die Mittel sind heute die Förderung westlich orientierter Nichtregierungsorganisationen, die Unterstützung von Oppositionen, die Inszenierung von sogenannten Farbenrevolutionen und Kriegen aller Art. Der Krieg in der Ukraine richtet sich gegen die Weltmächte Russland und China sowie gegen den Iran und Nordkorea, die derzeit alle enger zusammenrücken. Nur 50 Staaten in der Welt stehen ohne Wenn und Aber an der Seite des Westens, d.h. der USA. Wie Viktoria Nuland in Kiew auf dem Maidan äußerte, hatten die USA bis 2014 schon 5 Mrd. Dollar in die Ukraine investiert, um sie gegen Russland zu positionieren. Bis Januar 2022 hatte der Westen so viele Rüstungsgüter in die Ukraine geliefert und die ukrainischen Streitkräfte so qualifiziert, daß Kriegsfähigkeit gegen Russland gegeben schien. Seit dieser Zeit wollen die EU und Deutschland immer kriegsfähiger werden, um der Ukraine in ihrem Kampf beizustehen. Die Parole lautet: »Russland darf nicht siegen. Die Ukraine darf nicht verlieren.«

Die Deutschen und die vielartigen Bevölkerungen in Deutschland sollen wie das Kaninchen auf den Bären Russland starren. Das scheint immer mehr zu klappen, weil russophobe Emotionen in die geschichtsentleerten Hirne gepresst werden. Wir sollen und wollen wieder kriegsfähig werden. Jetzt ist endlich die Zeitenwende dafür da. Die Feststellung der Frau Baerbock, wonach wir uns im Krieg mit Russland befinden, soll nun Wirklichkeit werden. Frau Maischberger fragte den Obergefreiten und Bundesminister für Verteidigung Pistorius am 24.4.2024: »Gerade haben Sie Putin mit Adolf Hitler verglichen. (...) Wenn das so ist, wie Sie sagen: ›Das ist jemand, der den Krieg immer weiter trägt‹ – dann muss man ihn ja um jeden Preis stoppen, oder nicht?« Später meinte Pistorius: »Ein Einfrieren würde

nur Putin nutzen. Das ist die Erfahrung aller diplomatischen Lösungsansätze, die es mit ihm gegeben hat. Das wissen alle.« Am 25.4.2024 hat Gabor Steingart die Spitzenkandidatin der FDP, Marie Agnes Strack-Zimmermann, für die Europawahl auf sein Propagadaschiff Pioneer One eingeladen und reden lassen: Den Krieg gegen Putin will sie gewinnen. Olaf Scholz will nur, daß die Ukraine nicht verliert. Strack wendet sich mit aller Schärfe gegen Friedensverhandlungen. Sie argumentiert folgendermaßen russophob:

»Den Aufstand 1953 in Berlin haben die Russen niedergeknüppelt. '56 Einmarsch in Ungarn haben die Russen niederknüppelt. Mauerbau. Haben die Russen verhindert bzw. der Westen hat es zugelassen. Im Prager Frühling niedergeknüppelt. Auf was ich hinaus will: Die große Überschrift war immer: Kein dritter Weltkrieg, Achtung Atombomben! Und dieses Narrativ trägt sich jetzt seit 71 Jahren. Und ich finde, jetzt ist die Geschichte vorbei.«

Also Strack-Zimmermann ist für den 3. Weltkrieg und auch für den Einsatz von Atombomben. Sie will, daß die NATO alle Beschränkungen fallen lassen soll. Man sollte es auch auf der Zunge zergehen lassen, daß der Obergefreite Pistorius den Oberstleutnant Putin mit dem Gefreiten Hitler vergleicht, um Deutschland in ein Land verwandeln zu können, daß von Deutschland endlich wieder Krieg ausgehen kann. Von Putin wollen die westlichen Politiker wissen, daß er nach dem Sieg über die Ukraine nicht haltmachen und vielleicht sogar seine Panzer im Atlantik oder wenigstens am Rhein waschen wolle. Diese Paranoia ist gegenwärtig Regierungspolitik in der BRD. Es wird ein in jeder Hinsicht teurer Spaß bzw. bitterer Ernst. Dabei hat der Westen die historische Situation in der Ukraine selbst in diese Richtung präpariert.

Zu den häufigsten semantischen Setzungen seit Kriegsbeginn zählt die Rede vom »russischen Überfall« oder dem »russischen Angriffskrieg« auf die Ukraine. Keine Nachrichtensendung kommt bis dato ohne diese Formulierung aus. Damit wird insinuiert, daß sowohl die Ukraine als auch der Westen vom Krieg überrascht worden seien und ihn nicht haben kommen sehen, geschweige denn vorbereitet haben. Eine genaue Analyse der Vielzahl an militärischen Aktivitäten, die Dutzende NATO-Staaten, aber insbesondere Großbritannien, die USA und Kanada, seit 2014 in der Ukraine entfaltet haben, zeigt indes deutlich, daß dem nicht so war. Im Grunde genommen müßte die Frage, wer diesen Krieg wirklich begonnen hat, neu erforscht werden. Studiert man die westlichen Kriegsvorbereitungen im Detail, so wird deutlich, daß der Ukraine die Rolle zukam, *stellvertretend* für den Westen einen Krieg mit Russland zu beginnen, der dann militärisch und logistisch von NATO-Mitgliedstaaten unterstützt werden sollte, ohne die Allianz insgesamt direkt in den Krieg zu involvieren. Dieser Prozeß sollte begleitet werden durch einen Wirtschaftskrieg (Sanktionen), Informationskriegsführung (antirussische Propaganda) und eine nukleare Einkreisung Russlands, die vor allem durch das Raketenschild in Rumänien und Polen sowie seegestützte Kräfte, insbesondere Zerstörer der Arleigh-Burke-Klasse, sichergestellt werden soll-



Neues NATO- Hauptquartier in Deutschland: Die NATO plant einen eigenen Standort, um Waffenlieferungen und Ausbildungen für die Ukraine zu koordinieren. Dieser soll sich in Wiesbaden befinden. Damit eskaliert der Westen munter weiter gegen Russland. Noch-Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg: »Was wir machen, ist verhältnismässig und massvoll«. Nicht beteiligen wird sich an dem neuen Nato-Projekt Ungarn. Die dortige Regierung von Ministerpräsident Viktor Orban befürchtet, dass das Bündnis durch das Projekt in eine direkte Konfrontation mit Russland getrieben werden könnte.

te. Die Zerstörer der Arleigh-Burke-Klasse sind das Arbeitspferd der US-Marine. Sie sind die kleinsten Schiffe der US-Navy, die mit weitreichenden Lenkwaffen ausgerüstet sind. All diese Maßnahmen entsprachen dem Streben der USA nach »Full Spectrum Dominance« und zielten darauf ab, die Russische Föderation auf mehreren Ebenen so weit zu schwächen, daß das Land sein Gleichgewicht verlieren und innere Konflikte zum Sturz der Regierung führen würden. Das ist gegenüber Russland eine Milchmädchenrechnung.

Russland kennt den Westen und hat alle kaltgestellt, die in Russland Politik für den Westen machen wollen. In der Russischen Föderation gab es nach 1990 keinen Elitenwechsel in der Wissenschaft und auch nicht in den Militärwissenschaften. Die russische Armee hat ihre Hoheitszeichen aus der Sowjetzeit behalten. Das alte Wissen um die Ziele des Westens war die ganzen Jahrzehnte nach 1990 in Russland präsent, war aber lange nicht politikwirksam. Erst mit Putin begann der mentale Wiederaufbau Russlands, der schnell organisatorische Formen annahm. Jetzt ist in Russland ein kämpferischer Patriotismus entstanden, den sich die heutigen Deutschen nicht mehr vorstellen können. Das Volk ist gegen den Westen geeint und verteidigungsbereit.

Politisch gesehen hat das bestehende System keine nennenswerte Opposition. Fast alle ehemaligen Repräsentanten der Opposition sind im Ausland, und Alexei Nawalny starb im Gefängnis. Viele ehemalige kulturelle Ikonen, die nach dem Februar 2022 beschlossen haben, nach Israel, Westeuropa oder woandershin auszuwandern, werden schnell zu Prominenten von gestern, während das Land sich fortbewegt. Jene russischen Journalisten und Aktivisten, die Russland aus der Ferne kritisieren, verlieren zunehmend den Kontakt zu ihrem früheren Publikum und müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, den Interessen der Länder zu dienen, mit denen Russland im Stellvertreterkrieg in der Ukraine kämpft. Gleichzeitig sind fast zwei Drittel der jungen Männer zurückgekehrt, die Russland im Jahre 2022 aus Angst vor der Mobilmachung verließen, einige von ihnen ziemlich verbittert durch ihre Erfahrungen im Ausland. Der Patriotismus, der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geschmäht und verspottet wurde, kommt mit Macht wieder zum Vorschein. Hunderttausende Menschen melden sich auch ohne eine neue Mobilmachung als Zeitsoldaten zum Militärdienst. Sie

werden von dem Wunsch angetrieben, dem Land zu helfen, nicht nur von Vorteilen, die sie daraus ziehen können.

Russland ist dabei, eine neue russische Elite entstehen zu lassen, die zutiefst patriotisch gesinnt ist und sich auf alte Werte bezieht. Putins Worte über die Notwendigkeit einer neuen nationalen Elite und die Förderung von Kriegsveteranen als Kern dieser Elite sind zum jetzigen Zeitpunkt eher eine Absicht als ein wirklicher Plan, aber die russische Elite durchläuft definitiv einen enormen Wandel. Die Reichen Russlands haben sich differenziert. Ein Teil ist seinem Geld und seinen Villen in den Westen nachgereist. Der andere Teil fügt sich in die neuen Entwicklungen der patriotischen Erneuerung Russlands. Ganz Russland weiß, daß der Westen mit dem Ukrainekrieg Russland politisch vernichten möchte. Russlands Partner in China, Iran und Nord-Korea wissen es ebenfalls. Die Strategie vom »ewigen Krieg für ewigen Frieden« unter US-Herrschaft sehen sie gerade in der Ukraine in Aktion. Es betrifft sie also mit. Sie helfen deshalb Russland. Würden sie den Russen nicht helfen, wären sie als nächste dran. Eigentlich nur 50 Staaten stehen noch fest an der Seite der USA. Die USA und ihre Vasallen, auch die Deutschen, sind ruhmlos aus Afghanistan geflüchtet. Die Blamage war enorm. Die USA wollen den Ukrainekrieg internationalisieren. Das läuft gerade, und es wird scheitern. In der Ukraine kündigt sich eine neue, noch größere Blamage des Westens an.



Russland hat eine Rüstungsindustrie aufgebaut, die rein staatlich ist und die Waffen zum Produktionspreis an die Front liefert. Das Produktionspotential im Rüstungssektor ist etwas fünf- bis zehnmal so groß

wie das des Westens. Der Krieg des Westens trifft auf ein politisch geeintes Volk, das auch zu einem dritten Vaterländischen Krieg bereit ist. Der ideologische Kravall, der auf die Deutschen gegen Russland niederprasselt, ist national destruktiv. Wir haben nicht die Pflicht, der US-Strategie »Ewiger Krieg für ewigen Frieden« zu dienen, und wir haben auch keine Rechnung mit Russland mehr offen. Von Deutschland sollte nur noch Frieden ausgehen. Wir müssen alles tun, um die von den USA entzündete Kriegsflagel auszutreten. ■ B. von Servil

Die Botschaft der Putin-Regierung: Europa habe christliche Moral und traditionelle Werte verloren, die Russland eisern bewahre. Sie hat Erfolg: In Russland ist derzeit eine konservative Wende zu beobachten, die weite Kreise der Elite erfaßt und einen neuen Patriotismus, vor allem in der Jugend, erzeugt.

Kurzmeldungen

CDU hängt neue Wahlplakate auf Arabisch auf. Eine Woche vor der Europawahlen sorgte die CDU für mächtig Zündstoff, indem sie im Leipziger Brennpunktviertel erneut Plakate in arabischer und türkischer Sprache aufhängte – angeblich um ihren Wählern das Verständnis zu erleichtern, und zwar genau dort, wo zwei Wochen zuvor ein Straßenkampf mit einer Machete ganz Deutschland schockiert hatte. Zwei Tage später fehlten rund 400 dieser Plakate, die entweder zerstört oder einfach gestohlen worden seien. Es werde wegen Sachbeschädigung polizeilich ermittelt. (Quelle: u.a. *Bild*, 3.6.2024)

Lehrerverband fordert Islam-Unterricht in allen deutschen Bundesländern. Über eine Million Schüler moslemischen Glaubens besuchen mittlerweile Deutschlands Schulen. Auf Wunsch von zahlreichen Moslem-Eltern, für die verpflichtender Ethikunterricht nicht ausreicht, will der Deutsche Lehrerverband islamische Theologie an deutschen Schulen lehren lassen. »Wir müssen einen Islamunterricht unter staatlicher Aufsicht aufbauen«, erklärte Stefan Düll, der Präsident des Lehrerverbands, in einem Interview mit der *Neuen Osnabrücker Zeitung* und forderte demgemäß eine staatliche Ausbildung von Lehrkräften für einen flächendeckenden Islamunterricht an den Schulen. (Quelle: *apollo-news.net* 21.5.2024)

Ukrainisch an Schulen als zweite Fremdsprache. Hessen will als erstes Bundesland ab Schuljahr 2024/25 Ukrainisch an Schulen als zweite Fremdsprache einführen. Das Bildungsangebot richtet sich hauptsächlich an die rund 20.000 ukrainischen Schüler, die vor dem Krieg nach Hessen geflüchtet sind. Viele von ihnen fehlt die zweite Fremdsprache für die gymnasiale Oberstufe, so daß sie vorerst auf das Abitur verzichten müssen. Hessens Kultusminister Armin Schwarz, der ein bundesweites Angebot befürwortet, sprach von einem »klaren Zeichen der Verbundenheit« mit der Ukraine. Als erforderliche zweite Fremdsprache für die gymnasiale Oberstufe käme allenfalls Russisch infrage, was als »Sprache des Kriegsgegners« für die meisten ausscheide, erklärte das Ministerium. (Quelle: u. a. *focus.de*, 25.5.2024)

Bundesregierung schenkt linken ›Nichtregierungs‹-Organisationen (NGOs) mindestens 6,7 Milliarden Euro. Kürzlich, am 9. April, mußte die Bundesregierung auf Druck der AfD die Zuwendungen an etwa (!) zehntausend linke Organisationen offenlegen. Rund 6,7 Milliarden Euro Steuergeld verteilen seit 2020 die Ministerien für Umwelt, Entwicklung, Inneres und Familie sowie das Bundeskanzler- und das Bundespresseamt an die linke ›Zivil‹-Gesellschaft. Der Löwenanteil kommt dabei vom Entwicklungs- und Innenministerium mit vier beziehungsweise 1,9 Milliarden Euro. Den insgesamt größten Posten macht die sogenannte Entwicklungshilfe aus. Sage und schreibe, 780 Millionen Euro überwies die Bundesregierung von 2020 bis 2024 an den kaum bekannten Verein »Vision Hope International«. (Quelle: *freilich-magazin.com*, 19.5.2024)

»Elf Freunde müßt ihr sein«, gilt nicht beim FC Bundestag. Das Vorgehen gegen die AfD sei »satzungswidrig« und widerspreche dem Vereinszweck, meint der AfD-Bundestagsabgeordnete Malte Kaufmann. Der FC Bundestag existiert als Verein bereits seit über 60 Jahren.



Mehr als skurril: Parlamentskicker ohne AfD-Spieler. Zahlreiche Unternehmen stellen bekanntlich eine Betriebsmannschaft, und auch das deutsche Parlament hat eine – den »FC Bundestag«. Seit 1961 spielen Bundestagsabgeordnete gemeinsam Fußball und bestreiten bis zu 20 Begegnungen pro Jahr, vorwiegend Benefizspiele für gute Zwecke. Bislang spielte die parteipolitische Zugehörigkeit keine Rolle. Nun will der FC Bundestag keinen Rechtsaußen in der Mannschaft. Um im Fußballjargon zu bleiben: Es wird Beton gemischt und gemauert, damit die Rechtsaußen nicht auflaufen, nicht zum Zuge kommen. Die Populisten wollen allerdings die rote Karte für die AfD nicht akzeptieren und juristisch dagegen vorgehen. (Quelle: u.a. *stern.de*, 11.4.2024)

Vereine sehen Arbeit gegen Rechtsextremismus bedroht. Mehr als 100 Vereine, Initiativen und Organisationen haben in einem Brandbrief an Bundeskanzler Olaf Scholz eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts gefordert. Sie sehen nämlich »ihre Arbeit« gefährdet, da ihnen droht, den Status der Gemeinnützigkeit zu verlieren. Vereine, die Demonstrationen für Demokratie organisieren, fürchten um die Aberkennung der Gemeinnützigkeit und infolgedessen das Ende der Förderung. Die AfD zeigt inzwischen Vereine und Initiativen beim Finanzamt an, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. (Quelle: u.a. *MDR*, 24.6.2024)

BASF will große Betriebsteile in Ludwigshafen schließen. Der weltgrößte Chemiekonzern hat nach eigenen Angaben 2023 überall Gewinn gemacht, nur nicht in Deutschland, wo anscheinend Umsatz und Gewinn einbrachen. Die vom Vorstand vorgebrachten Gründe sind allseits bekannt: zu hohe Energiekosten, zu viel Bürokratie und Überregulierung. Am Hauptsitz Ludwigshafen werden ganze Anlagen geschlossen und verlagert. Gleichzeitig investiert das Unternehmen zehn Milliarden Euro in den Bau eines neuen Mega-Werks im Süden von China. Eine Reaktion auf die verheerende rot-grüne Wirtschaftspolitik der Bundesregierung? Zu dieser »Entwicklung« meint der ehemalige BASF-Betriebsrat Fritz Hofmann: »Man kann sich nicht vorstellen, daß dieses Werk sich plötzlich teilweise zurückbaut, teilweise schließt, anstatt zu expandieren. Es hat immer expandiert.« (Quelle: *tagesschau.de*, 22.5.2024)

Deutsche Haushalte zahlen höchste Strompreise in der EU. Eine Kilowattstunde kostete im zweiten Halbjahr 2023 hierzulande 41,62 Cent inklusive Steuern und

Abgaben und liegt damit an der Spitze der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Deutschland rangiert mehr als 13 Cent über dem EU-Durchschnitt von 28,5 Cent pro Kilowattstunde. Zu den großen Preisunterschieden in Europa tragen in erster Linie die nationalen Steuern und Abgaben bei. Angesichts dieser Zahlen forderte Sahara Wagenknecht ein neues Preissystem, in dem die Kosten für den Netzausbau nicht länger auf den Stromkunden umgelegt werden. (Quelle: u.a. *focus.de*, 22.5.2024)

Ärger bei Heimatvertriebenen. Das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa – unter diesem Namen war und ist die im Jahr 1989 gegründete Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) bekannt. Als Einrichtung mit dem Auftrag der wissenschaftsbasierten Beratung im Bereich von Geschichte, Kultur und Erinnerungskultur des östlichen Europas für die Bundesregierung. Im August 2023 kam es zur Umbenennung des BKGE. Der Passus »der Deutschen« wurde aus dem Namen gestrichen! Der Bund der Vertriebenen (BdV) und die Unionsparteien kritisieren diesen Schritt scharf. Diese Streichung des »Bezugs zur nationalen Identität« aus dem Namen des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sei ein »eklatanter Bruch mit dem gesetzlichen Auftrag«, eine »Herabwürdigung der deutschen Heimatvertriebenen« und der »Beginn eines Kurswechsels in der Vertriebenenpolitik«.

Kriegsbetrieb geplant. Die Thüringer Landesregierung bereitet offenbar konkret den Notbetrieb der Radioprogramme im Kriegsfall vor. Diese brisante Information geht aus einer Stellungnahme von Innenminister Georg Maier hervor. Demnach hatte die Landesregierung »im letzten Jahr einen Austausch mit verantwortlichen Akteuren für Hörfunksender und Radiofrequenzen, um bei Ausfall der regulären Verbindungen vorbereitet zu sein«. In diesem Zusammenhang sprach der SPD-Politiker auch vom Verteidigungsfall. Namentlich nannte Maier dabei den gebührenfinanzierten *Mitteldeutschen Rundfunk*. Einzelheiten teilte er nicht mit. (Quelle: Thüringer Landesregierung)

Journalist im Zwielficht. Mit Kritik können Vertreter der zwangsgebührenfinanzierten Rundfunkanstalten offenbar nur schwer umgehen. Diesen Eindruck konnte man jedenfalls bei einem Prozeß im Juni in Berlin bekommen. Anzeige erstattet hatte Olaf Sundermeyer, der in der *ARD* gern als Experte für Rechtsextremismus auftritt. Auf der anderen Seite stand der Aktivist Bernd Pachal. Doch eigentlich wirkte das Berufungsverfahren eher wie Staat gegen Opposition. Pachal hatte Sundermeyer nach einem Autokorso am 3. Oktober 2021 auf einem Plakat vor dem Staatssender *RBB* als »Hetzer« und »Extremist« bezeichnet und war daraufhin vom Amtsgericht Berlin Tiergarten zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Sundermeyer, der als Ankläger gegen Rechts im Staatsfunk alles andere als mundfaul ist, drückte sich vor Prozeßbeginn vor einer Stellungnahme gegenüber einem alternativen Sender mit haßerfülltem Blick. (Quelle: *RBB*)

Antifant ausgeliefert. Ende Juni wurde ein mutmaßlicher Linksterrorist von Deutschland an Ungarn ausgeliefert. Erst am Abend zuvor hatte das Kammerge-

richt Berlin entsprechenden Forderungen der Budapester Behörden stattgegeben. Der 23-jährige Verdächtige soll im Februar 2023 an Überfällen auf Teilnehmer eines rechten Gedenkmarsches beteiligt gewesen sein. Bei dem Mann handelt es sich nach Angaben eines zur Antifa gehörenden Solidaritätskomitees um Maja T., der sich als sogenannte nonbinäre Person bezeichnet. Er saß bislang in Dresden in Untersuchungshaft. Um die Auslieferung könnte es ein Tauziehen hinter den Kulissen der Justiz gegeben haben. Denn noch am Vormittag hatte das Bundesverfassungsgericht die Überstellung des deutschen Staatsbürgers an Ungarn untersagt. T. war zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits an die Polizei in Budapest übergeben worden. (Quelle: *tagesschau.de*)

Rechtsbruch bei Corona. Ein beachtenswertes Urteil kann für Thüringens Landesregierung Folgen haben: Denn die Ausgangssperren für Ungeimpfte in der Corona-Zeit waren nach Ansicht des Thüringer Verfassungsgerichtshofs in Weimar illegal. Nun fordert die Opposition Konsequenzen, etwa die Landtagsabgeordnete Ute Bergner (Bürger für Thüringen). Gegen die Ausgangssperre geklagt hatte die AfD. Deren innenpolitischer Sprecher Ringo Mühlmann kündigte in einer Presseerklärung einen Corona-Untersuchungsausschuss nach der kommenden Landtagswahl an. Ebenfalls unklar bleiben die Folgen des Urteils für die Betroffenen der Ausgangssperre. (Quelle: *thueringer-allgemeine.de*)

Digitale Patientenakte. In Deutschland soll die digitale Patientenakte kommen, und zwar im Februar 2025 bundesweit für alle, die nicht ausdrücklich widersprechen. Dies kündigte Gesundheitsminister Karl Lauterbach an. Im Januar 2025 soll die elektronische Akte bereits in ersten Regionen umgesetzt werden. Der SPD-Politiker glaubt, daß sein Projekt nur auf wenig Widerstand stoßen werde: »Die meisten werden es nutzen wollen.« Wie freiwillig sie das tun werden, ist allerdings eine andere Frage. Denn Menschen ohne »digitale Identität« sollen künftig vollständig aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Sie sollen keinen Arzt besuchen dürfen, kein Konto eröffnen, nicht einkaufen oder reisen und nicht einmal an Wahlen teilnehmen können. Davon zeigt sich jedenfalls die US-Absolventin der Yale Law School, Reggie Littlejohn, im alternativen Sender *AUF1* überzeugt. Die Systemmedien hingegen verbreiten derartige Informationen und Befürchtungen kaum. (Quelle: *AUF1*)

Globaler Impfpfaß. Auch in Österreich soll der digitale Impfpfaß kommen. Und damit werden staatliche Behörden Zugriff auf die Gesundheitsdaten der Bürger haben. Denn die sensiblen Informationen gehen dann direkt an das Gesundheitsministerium, die Landesregierungen, die Sozialversicherung und viele weitere Behörden – aber auch an Apotheken. Auch EU und WHO sollen Zugriff erhalten. Entsprechende Abkommen mit der Weltgesundheitsorganisation soll es bereits geben, so daß einem weltweiten digitalen Impfpfaß nichts im Wege stünde. Der impfkritische Tiroler Arzt Dr. Hannes Strasser erklärte sogar: »Wer keine Impfung hat, kann nicht mehr arbeiten, einkaufen, reisen. Ihm könnte sogar das Konto gesperrt werden.« Dies sei in Kombination mit dem bald eingeführten digitalen Geld

zu sehen. Die ärztliche Schweigepflicht über die hochsensiblen Gesundheitsdaten sei damit abgeschafft. Aber auch die Daten des Gesundheitspersonals würden nun vollständig offenliegen. Für Dr. Strasser ist es nur eine Frage der Zeit, bis die WHO wieder experimentelle Injektionen vorschreibt – wie etwa im Zuge der aktuell propagierten Vogelgrippe. (Quelle: *AUFI*)

Ausländerwahlrecht in Basel? Das Parlament des Schweizer Kantons Basel Stadt, der Große Rat, sprach sich Ende Juni mit 53 zu 41 Stimmen für ein Ausländerwahlrecht aus. Danach sollen Nicht-Schweizer, die mindestens fünf Jahre in Basel leben und über eine Niederlassungsbewilligung verfügen, in der Stadt Basel wahlberechtigt sein, aber kein passives Wahlrecht haben. Dort besitzen 38 Prozent der erwachsenen Einwohner keinen Schweizer Paß. Der Basler Großrat der »Volksaktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat – Liste Ausländerstopp«, Eric Weber, sitzt bereits – mit Unterbrechungen – seit 1984 in der Volksvertretung. Sein Antrag auf Zurückweisung, sprich Vertagung der Abstimmung, erhielt nur 13 Stimmen und damit keine Mehrheit. Gegen das kantonale Ausländerrecht stimmten die bürgerlichen Fraktionen SVP, FDP und LDP, während SP, Grüne und Grünliberale (GLP) dafür waren. Da diese Entscheidung eine Änderung der Kantons-Verfassung erforderlich macht, muß die Bevölkerung im November darüber abstimmen. Laut Weber wird dieses Plebiszit – es ist das dritte zu diesem Thema seit 30 Jahren – erneut krachend scheitern. Zuletzt lehnten 2010 über 81 Prozent der Basler das Ausländerwahlrecht ab. (Quelle: *bazonline.ch*)

Migrantenquote für Beamte? SPD-Innenministerin Nancy Faeser plant laut *BILD*-Zeitung den nächsten Coup gegen das deutsche Volk. Sie will nämlich mit einem sogenannten »Bundespartizipationsgesetz« mehr Personen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst schleusen. Ziel dieses Gesetzes sei es, »die Vielfalt der Gesellschaft in der Bundesverwaltung abzubilden und die Teilhabe von Personen mit Einwanderungsgeschichte in der Bundesverwaltung zu fördern«. Um das durchzusetzen, soll es ausdrückliches Ansinnen werden, Migranten für das Beamtentum zu begeistern. Denn dies solle die Diversität steigern, lautet die Begründung. Einer Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zufolge schuf die Ampel-Koalition mittlerweile schon 11.500 neue Beamtenstellen. Durch das neue Vorhaben könnte diese Zahl weiter ansteigen. Laut *BILD*-Zeitung ist in dem 22-Seiten-Papier auch verankert, daß in jeder Ausschreibung für eine Stelle im



Der Öffentliche Dienst muß bunter werden; Faeser will mehr Migranten zu Beamten machen und eine Quote durchsetzen. Folgt auf die Migrantenquote als Nächstes eine Trans-Quote? Abbildung: Feierliche Vereidigung Berliner Polizeianwärter.

Öffentlichen Dienst der Hinweis enthalten zu sein hat, »dass Bewerbungen von Personen mit Einwanderungsgeschichte ausdrücklich erwünscht sind«. Dieser Personenkreis soll sich dadurch angesprochen fühlen, sich für den ausgeschriebenen Posten zu bewerben. Doch Artikel 33 Absatz 2 Grundgesetz besagt: »Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte.« (Quelle: *bild.de*)

Zweitstimmenkampagne. Die Rechtspartei »Freie Sachsen«, die schon bei den Kommunalwahlen Anfang Juni lokale Erfolge erzielen konnte, will zur Landtagswahl im Freistaat antreten. Ihr Motto lautet: ein Wähler für zwei Parteien. So stellen sich die Freien Sachsen das Ergebnis der Landtagswahl im Freistaat vor. Denn für ihre erstmalige Kandidatur setzen die Freien Sachsen nach eigenen Angaben auf eine sogenannte Zweitstimmenkampagne. Das heißt: Ihre Anhänger sollen auch den Direktkandidaten der AfD zu Mandaten verhelfen. Die neue Partei will damit erkennbar dem Vorwurf vorbeugen, sie habe eine AfD-geführte Landesregierung verhindert. Ziel sei es, durch neue politische Mehrheiten den echten Politikwechsel im Freistaat zu vollziehen, heißt es in einer Erklärung. Außerdem sieht man sich als Korrektiv für die derzeitige Annäherung der AfD an die Altparteien. Gerade in Sachsen sind viele patriotische Akteure vom Kuschelkurs der dortigen Alternative enttäuscht und sehen in den Freien Sachsen ein notwendiges Regulativ. (Quelle: Freie Sachsen)

Munitionsskandal. Der Skandal um rund 7000 Schuß Munition, die durch eine Spezialeinheit der sächsischen Polizei entwendet worden sein sollen, spitzt sich immer weiter zu. So wurde die Hauptverhandlung am Landgericht Dresden ohne Angabe von Gründen auf November verschoben. Erst auf Nachfrage von Journalisten nannte ein Justizsprecher »terminliche Gründe«. Damit wird die Affäre vor den Landtagswahlen im Freistaat nicht weiter aufgeklärt. Sollen so hochrangige Politiker vor dem Urnengang von der Justiz geschützt werden? Früh häuften sich Anschuldigungen gegen führende Verantwortliche der Dresdener Innenpolitik. Die Affäre offenbarte mangelnde Kontrollinstanzen auf allen Ebenen. Mehrfach zog die Landesregierung die Notbremse: Der Chef des Landeskriminalamtes, Petric Kleine, und Abteilungsleiter Sven Mewes mußten gehen. Sogar CDU-Innenminister Roland Wöller verlor im April 2022 seinen Posten. Es fällt auf, daß der gesamte Prozeß unter höchster Geheimhaltung stattfindet. (Quelle: *Ivz.de*)

Baerbock gegen Assange? Welche Rolle spielte das Außenministerium unter Annalena Baerbock beim Verfahren gegen Julian Assange? Der Ex-Bundestagsabgeordnete Fabio de Masi (Die Linke), der kürzlich ein EU-Mandat für die Wagenknecht-Partei BSW erhielt, meldete sich nun mit schweren Vorwürfen gegen die Grünen-Politikerin zu Wort. Auf der Plattform X schrieb de Masi: »Mir liegen Unterlagen vor, die zeigen, wie das Auswärtige Amt die Verteidigung von Assange faktisch hintertrieben hat.« Er habe die Unterlagen gerichtlich erstritten, bisher aber nicht veröffentlicht, um die Freilassung von Assange nicht zu gefährden. Doch er wolle bald die Dokumente veröffentlichen. (Quelle: BSW)

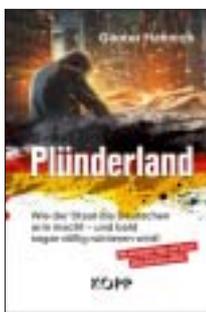
Buchempfehlungen

Andreas Vonderach · **Die Dekonstruktion der Rasse**



Wer heute im deutschsprachigen Raum aufwächst, hört von Kindesbeinen an: »Rassen gibt es nicht, wir sind alle gleich.« Was steckt hinter dem Dogma „Rassen gibt es nicht“? Ist es wissenschaftlich fundiert, oder gibt es Gegenargumente? Wie konnte es sich bis heute immer weiter verfestigen? Dieses mutige Buch beleuchtet die Herkunft der »Rassenleugner«, ihre allmähliche Durchsetzung im westlichen Geistesleben und die gravierenden Folgen für Forschungsfreiheit und wissenschaftlichen Diskurs. (112 S., Pb., € 14.-)

Günter Hannich · **Plünderland**



Politik und Mainstream-Medien behaupten immer wieder, Deutschland wäre ein »reiches Land«. Doch in Wirklichkeit gehört der deutsche Bürger in Europa zu den Ärmsten, obwohl wir die stärkste Wirtschaft haben und am härtesten arbeiten. Wir leisten uns einen beispiellos aufgeblähten Sozialstaat und einen gigantischen Apparat an Beamten und Funktionären. Dazu kommt eine teure und überbordende Bürokratie. Sinnlose Subventionen werden wie am Fließband beschlossen. Das größte Problem ist die steigende Staatsverschuldung, die durch zweifelhafte staatliche Projekte geradezu explodiert. Mit Zahlen, Daten und Fakten belegt Hannich den Niedergang Deutschlands! (207 S., Pb. € 13.-)

Michael Nehls · **Das indoktrinierte Gehirn**



Weltweit sinkt die mentale Leistungsfähigkeit, insbesondere schon bei jungen Menschen, während die Depressionsraten dramatisch steigen. Jeder Vierzigste leidet mittlerweile an Alzheimer, und das bei rapide sinkendem Erkrankungsalter. Doch die Ursachen dafür werden nicht beseitigt, ganz im Gegenteil. Kann das nur Zufall sein? Nehls legt in diesem Buch eine erschütternde Indizienkette dar, die darauf hinweist, daß sich hinter diesen zahlreichen negativen Einflüssen ein gezielter, meisterhaft ausgeführter Angriff auf unsere Individualität verbirgt mit dem Ziel, den Menschen ihre Fähigkeit zum selbständigen Denken zu nehmen. (384 S., Pb. Abb. € 22.90)

Dominique Venner · **Söldner ohne Sold**



Die deutschen Freikorps 1918–1923. Seinen eigenen Lebenslauf sah Venner gespiegelt in jenen jungen Deutschen, die ab 1914 als Kriegsfreiwillige an die Fronten geeilt waren und noch Jahre nach dem Schandfrieden von Versailles im Dienst einer Regierung, die sie verachteten, in Westen und Osten kämpften und fielen. Dies ist keine trockene akademische Abhandlung. Venner hat einem einzigartigen deutschen Typus des 20. Jahrhunderts nachgespürt und dessen Tragik zwischen Revolution und Reaktion wie kein Zweiter nachvollziehbar gemacht. (320 S., geb. € 24.-)

Huttenpreisträger Konrad Windisch 91jährig gestorben

Am 27. April 2024 verstarb der Huttenpreisträger Konrad Windisch im 92. Lebensjahr. Der gebürtige Wiener galt im nationalen Lager der Zweiten Republik Österreichs als publizistisches Urgestein. Ursprünglich wurde er im katholischen Pfadfindermilieu sozialisiert. Sein Erweckungserlebnis für die nationale Sache wurde schließlich eine Großkundgebung mit dem legendären Dr. Fritz Stüber. Fortan engagierte sich Konrad Windisch in der Bündischen Bewegung Österreichs. Angebote aus den Reihen der jungen FPÖ, die Jugendorganisation der Partei aufzubauen, lehnte er ab. 1956 gründete er die ›Arbeitsgemeinschaft nationaler Jugendbünde Österreichs‹ (ANJÖ).

Als Gründer und Herausgeber der »Kampfschrift der nationalen Jugend«, *Der Trommler*, geriet er rasch ins Visier der Staatspolizei. Aufgrund seiner publizistischen Tätigkeit kam er erstmals Ende der 1950er Jahre mit dem stalinistischen NS-Verbotsgesetz in Konflikt. Er wurde verhaftet und erhielt sechs Monate Gefängnis. Nur ein Jahr später wurde ihm ein Artikel erneut zum Verhängnis. Dafür faßte er neun Monate Haft aus. 1963 wurde Windisch Schriftleiter des Periodikums *Kommentare zum Zeitgeschehen*, das das Publikationsorgan der AFP (›Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik‹) war. Bei den jährlich stattfindenden Tagungen der AFP, die abwechselnd stets in einem anderen Bundesland der Alpenrepublik abgehalten wurden, fungierte er häufig als Redner.

Konrad Windisch unterstützte nationale Jugendgruppen und publizierte bis zu seinem Tod regelmäßig in nationalen Zeitschriften wie etwa der *Deutschen Stimme*, wo er die Rubrik »Pfeffer & Rosinen aus Österreich« innehatte. Für seine Verdienste um das nationale Lager erhielt er 1998 den Dichterstein-Schild des Vereins Dichterstein Offenhausen und 2005 den Ulrich-von-Huttenpreis der GfP. Unvergessen sind seine zahlreichen Gedichte sowie sein 2017 erschienenes visionäres Buch *Europas Dämme bersten*, das vor einer irreversiblen Überfremdung des Abendlandes und Zuständen warnte, wie sie jetzt in dem von Merkel zu verantwortenden und der Ampel-Regierung befeuerten Zustand Messerdeutschlands herrschen.



*Wenn in der schwersten der Zeiten,
unter dem Terror des Frosts
und der Stürme voll Schnee,
selbst die zarten Körper der Zeisige überleben,
wenn in der dunkelsten der Nächte
die Rehe
noch immer den Weg
zu den geheimen
Quellen des Lebens finden,*

*wenn durch die härtesten Krusten der Erde
die weichsten Triebe
der Blumen nach oben streben,
ist da
nicht auch Hoffnung für uns?*

Konrad Windisch

Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310
e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de
www.gfp-netz.de/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

Liebe Mitglieder und Freunde der GfP,
unser diesjähriger GfP-Kongreß wird in Mitteldeutschland (Raum Erfurt)
vom 30. August bis 1. September 2024 stattfinden.

Die Einladung zur Mitgliederversammlung am Freitag, dem 30. August 2024,
um 20.00 Uhr und das Programm mit dem Ablauf der Tagung, zu den Einzel-
heiten der Anmeldung mit der Tagungsgebühr und den Übernachtungskosten
wird zeitnah verschickt. Anmeldungen sind ab sofort möglich an:

GfP – Margret Nickel
Klosterhof 4 34399 Wesertal
Tel: 05572-7310 Fax: 05572/999823
e-mail: Klosterhausverlag@gmx.de

Im Kreise von Gleichgesinnten und aufrechten Patrioten wollen wir mit unse-
rer Tagung erneut ein Zeichen setzen. Auch in Zeiten politischer und kulturel-
ler Verwerfungen sind wir als GfP standhaft im Kampf um die »freie Publizis-
tik«. Auch in dieser Ausgabe des *Freien Forums* haben wir vielfach auf die
immer enger werdenden Maschen des Sagbaren hingewiesen sowie auf die
toxische Zusammenarbeit der Staatsmedien und des Verfassungsschutzes.

Das Attentat von Mannheim am 31. 5. 2024 und die Reaktionen darauf werfen
ein Schlaglicht auf den Zustand unserer Gesellschaft. In der *Jungen Freiheit* vom
4. Juni schreibt Henning Hoffgaard unter der Überschrift »Ein Land am Abgrund«:
»In Deutschland ist etwas zerbrochen. Wie ein Mühlstein hat die illegale Mas-
seneinwanderung der vergangenen Jahre das gesellschaftliche Gefüge in Deutsch-
land zerschmettert, hat ein Land im Ausnahmezustand hinterlassen.« Wie sagte
Johann Wolfgang von Goethe: »Herr, die Not ist groß! Die ich rief, die Geister,
werd ich nun nicht los.«

Ihre Margret Nickel

**Konto für Beiträge
und Spenden:**

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07

Beilagenhinweise:

Einladung zum Kongreß 2024

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik
e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin
Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten
das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automa-
tisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal